



weed

WEED Ilisu-update
Februar 2006

| | |
|---|------|
| ** Umweltstudie und Umsiedlungsplan veröffentlicht | S. 1 |
| ** Unabhängige Überprüfung der vorgelegten Dokumente | S. 2 |
| ** Exportkreditversicherungen angefragt | S. 2 |
| ** Bisher keine Finanzierung: wer investiert in das Skandalprojekt? | S. 3 |
| ** Bedenken gegenüber Ilisu-Projekt nicht ausgeräumt | S. 4 |
| ** Lokaler Widerstand wächst | S. 6 |
| ** Internationale Wasserkonferenz in Diyarbakir | S. 6 |
| ** Verkauf von VA Tech Hydro für Ende Februar angekündigt | S. 7 |
| ** Neue WEED-Publikation: Der Ilisu-Staudamm - Kein Erfolgsprojekt | S. 8 |
| ** Zur Information: Die Europäische Ilisu-Kampagne | S. 8 |

**** Umweltstudie und Umsiedlungsplan veröffentlicht**

Am 25.11.2005 veröffentlichte das im Ilisu-Konsortium federführende Unternehmen VA Tech Hydro auf einer eigenen Website¹ die aktualisierte Umweltstudie und einen Umsiedlungsplan für das Ilisu-Projekt.

In der begleitenden PR Kampagne bemühten sich die Unternehmen, den Eindruck zu vermitteln, dass mit der Veröffentlichung der Studien die Kritik ausgeräumt sei und das Projekt nun voranschreiten könne. Beides ist nicht richtig.

1. Keine Finanzierung: Zwar wurden zwischen Projektauftraggeber und Konsortium (geführt von VA Tech) die Lieferbedingungen fertig verhandelt – es gibt aber bisher keine Finanzierung für das Projekt. Ob diese zustande kommt, hängt unter anderem von der jetzt anstehenden Begutachtung von Umweltverträglichkeitsprüfung und Umsiedlungsplan ab. Ohne Finanzierung

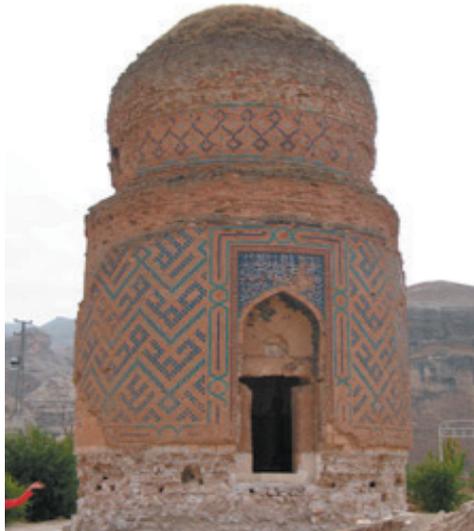
tritt aber auch der Liefervertrag nicht in Kraft.

2. Kritik nicht ausgeräumt: Auch beim ersten Projektanlauf 1998 – 2002 waren ein Umsiedlungsplan und eine Umweltstudie erstellt und die Einhaltung internationaler Standards versprochen worden. Die untragbaren Mängel der Studien, die zum Scheitern des Vorhabens führten, wurden damals erst nach einer unabhängigen Überprüfung bekannt. Eine erste Durchsicht der neuen Dokumente weist auch dieses Mal auf gravierende Versäumnisse hin. Die Behauptung, dass allein mit dem Vorliegen von Umweltgutachten und Umsiedlungsplan die massiven mit diesem Skandalstaudamm verbundenen Probleme gelöst seien, ist daher unseriös. Im Gegenteil: die Kritik und der Widerstand vor Ort wachsen sogar.

Die Studien wurden ursprünglich nur auf Englisch veröffentlicht. Aufgrund des massiven Drucks eu-

¹ <http://www.ilisu-wasserkraftwerk.com/page.php>

europäischer und türkischer AktivistInnen gaben die türkischen Behörden im Januar nach und veröffentlichten den Umsiedlungsplan auch auf Türkisch. Die Publikation der Umweltverträglichkeitsprüfung auf Türkisch soll im Februar erfolgen, bisher ist lediglich die Zusammenfassung öffentlich gemacht.



Dieses Verfahren zeigt, dass es den Projektbetreibern weit wichtiger ist, die kritische Öffentlichkeit in Europa zu beruhigen, statt eine wirkliche Beteiligung der Bevölkerung zu ermöglichen.

Zeynelbey Mausoleum
(Foto: Heike Drillisch)

** Unabhängige Überprüfung der vorgelegten Dokumente

Nichtregierungsorganisationen in Europa und der Türkei sowie internationale Experten unterziehen die über 1500 Seiten umfassenden Studien zur Zeit einer gründlichen Überprüfung. Vor Ort laufen Untersuchungen über

die Qualität der im Auftrag der türkischen Wasserbehörde durchgeführten Umfragen. Erste Ergebnisse sind für Ende Februar 2006 zu erwarten.

** Exportkreditversicherungen angefragt

Seit dem Jahresende 2005 liegen bei den Exportkreditversicherungen (ECAs) Österreichs, der Schweiz und Deutschlands nun auch formell Anträge auf staatliche Ausfuhrgarantien von VA Tech und Züblin vor. Die Staaten Österreich, Deutschland und die Schweiz sollen damit das Risiko des Zahlungsausfalls aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten oder politischer Unruhen übernehmen und damit zu einer günstigeren Kreditaufnahme für das Konsortium beitragen.

Beim ersten Projektanlauf 2001 hatten die Exportkreditagenturen den Projektbetreibern einige Bedingungen zur Auflage gemacht.² Diese waren nicht erfüllt worden, stattdessen hatten sich fast alle Banken und Unternehmen aufgrund der unlösbaren ökologischen und sozialen Probleme

aus dem Projekt zurückgezogen. Zwischenzeitlich haben die Exportkreditagenturen der OECD-Länder ihre Ansprüche erhöht: Sie einigten sich darauf, für Wasserkraftwerke mit verlängerten Zahlungsfristen die strengeren Empfehlungen der Weltstaudammkommission (WCD) mit zu berücksichtigen. Bisher ist nicht absehbar, dass das Ilisu-Projekt diesmal die gestellten Anforderungen erfüllt. Eine öffentliche Haftungsübernahme durch den österreichischen, deutschen oder schweizer Staat ist insofern nicht vertretbar und würde international eine erhebliche Welle der Kritik auslösen.

Derzeit prüfen die ECAs die neu vorgelegten Dokumente. In einem gemeinsamen Schreiben an die österreichischen, schweizer und deut-

Die Exportkreditversicherungen

- Österreichische Kontrollbank (Österreich)
- Exportrisikogarantie ERG (Schweiz)
- Euler Hermes Kreditversicherung (Deutschland)

² Die Erstellung eines Umsiedlungsplans, der Erhalt der Wasserqualität, die Gewährleistung des Wasserabflusses an die Nachbarländer, der weitestgehende Erhalt von Hasankeyf.

schen Exportkreditagenturen riefen die Bürgermeister vieler betroffener Städte sowie lokale NGOs und AktivistInnen dazu auf, ab dem Moment der Veröffentlichung der Studien in einer ihnen verständlichen Sprache den Betroffenen mindestens zwei Monate für die Durchsicht und Stellungnahme zuzusichern. Immerhin sollen zehntausende Menschen ihr bisheriges Leben (-sumfeld) unfreiwillig aufgeben und blicken einer ungewissen Zukunft entgegen. Entgegen den Vorgaben internationaler Standards wurden sie bisher kaum in den Planungsprozess einbezogen – weder was die Pläne ihrer eigenen Umsiedelung betrifft – noch in bezug auf die Verlagerung der für sie bedeutenden Kulturgüter, seien dies Kulturschätze wie die antike Stadt Hasankeyf oder die Gräber ihrer Angehörigen. Die Schweizer Exportkreditagentur ERG hat

den 20. Februar 2006 als Frist für Stellungnahmen festgelegt. Als Reaktion auf den Brief aus der Türkei hat sie nun für türkischsprachige Eingaben zum Umsiedlungsplan eine Verlängerung bis zum 20. März gewährt. Eine Frist für Kommentare auf Türkisch zur Umweltverträglichkeitsprüfung wird noch bekanntgegeben. Da die ERG sich zudem darauf verpflichtet hat, Staudammprojekte im Lichte der WCD-Richtlinien zu prüfen, wird in der Schweiz im März ein so genannter multi-stakeholder Prozess beginnen, wie die WCD ihn vorsieht.

Die verschiedensten Akteure – ERG, Staudambauer, zivilgesellschaftliche Gruppen – werden gemeinsam bewerten, ob das Ilisu-Projekt internationale Standards und die Richtlinien der Weltstaudammkommission WCD erfüllt.

** Bisher keine Finanzierung: Wer investiert in das Skandalprojekt?

Noch immer ist nicht klar, welche Banken den Ilisu-Staudamm zu finanzieren bereit sein könnten. Ohne eine Absicherung durch die ECAs ist eine Beteiligung von Privatbanken an diesem Risiko-projekt unwahrscheinlich. Um herauszufinden, welche Banken eine Beteiligung erwägen, haben WEED, Eca-Watch-Österreich und Erklärung von Bern gemeinsam mit BankTrack eine Vielzahl von Banken kontaktiert, sie auf die mit dem Projekt verbundenen Gefahren vor Ort sowie für die Reputation ihres Hauses hingewiesen und um Auskunft gebeten, wie sie zu dem Projekt stehen. Mehrere Banken haben bereits mitgeteilt, dass

Aus einem Schreiben der UBS an die "Erklärung von Bern" vom 31. Januar 2006:

„Wie Sie korrekt feststellen, zog sich UBS 2002 aus der Finanzierung des Staudammprojekts Ilisu unter anderem aufgrund ökologischer und sozialer Bedenken zurück. Zum jetzigen Zeitpunkt bestehen kaum Hinweise, dass die im Entscheid von 2002 als kritisch erachteten Punkte ausreichend geklärt worden sind.“

sich nicht am Ilisu-Staudamm beteiligen wollen. Die Union Bank of Switzerland (UBS), die beim ersten Projektanlauf federführend für die Finanzierung zuständig war, begründet dies explizit mit den anhaltenden ökologischen und sozialen Problemen. Von Unternehmensseite wird angegeben, auch türkische Banken hätten Interesse und seien in der Lage, den Staudamm zu finanzieren. Von NGO-Seite in der Türkei und in Europa wird dies jedoch für völlig unrealistisch gehalten und als ein durchsichtiger Versuch des Konsortiums bewertet, Druck für eine positive Entscheidung der ECAs aufzubauen.

**** Bedenken gegenüber Ilisu-Projekt nicht ausgeräumt**

Eine erste flüchtige Durchsicht der Umweltverträglichkeitsprüfung und des Umsiedlungsplans deutet bereits jetzt auf zahlreiche Mängel der Studien hin.³ Besonders besorgniserregend ist zudem, dass in der Projektbeschreibung von VA Tech mit keinem Wort auf den bewaffneten Konflikt in der Region eingegangen wird. In einem Klima von Gewalt und Einschüchterung ist jedoch weder die Einhaltung internationaler Standards denkbar, noch ist es verantwortlich, die unfreiwillige Umsiedlung vieler tausend Menschen vorzunehmen.

Des Weiteren gibt VA Tech an, dass 100 % der umzusiedelnden Haushalte konsultiert wurden. Nach NGO-Informationen war dies jedoch nicht der Fall. Eine internationale Delegation, die Ende Oktober die Region besuchte, stellte zudem fest, dass häufig nur die männlichen Familienoberhäupter befragt worden waren. In anderen Fällen berichteten Menschen davon, dass sie auf die Polizeistation beordert wurden, wo ihnen schlicht mitgeteilt wurde, dass der Staudamm gebaut wird (s. Ilisu-Update von September 2005).⁴

Rahmenbedingungen für Staudambau nach wie vor nicht akzeptabel

Die Situation im Projektgebiet zeigt nur all zu deutlich, dass die Rahmenbedingungen im Südosten der Türkei absolut nicht gegeben sind, um ein derartiges Projekt ohne eine gravierende Verschlechterung der Lebensumstände der Bevölkerung und ohne massive Menschenrechtsverletzungen durch zu führen.



Von Überflutung bedrohtes Gehöft in der Nähe von Hasankeyf (Foto: Heike Drillisch)

Dazu gehört u.a.:

1. Armutgefährdung für zehntausende Menschen: Der erbitterte Konflikt zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und dem türkischen Militär sowie die schon gebauten Staudämme im Südosten der Türkei haben bereits zu einem enormen Zuzug in die Metropolen der Region geführt. In den dortigen Zuzugsvierteln herrschen bis zu 70% Arbeitslosigkeit; es mangelt an Essen, sauberem Wasser, Infrastruktur, Wohnmöglichkeiten sowie Arbeitsplätzen. Wie die Bürgermeister von Diyarbakir und Batman selbst äußern, sind ihre Kommunen nicht in der Lage, weitere Umsiedlungsoffer aufzunehmen. Laut VA Tech sind zwar Sozialprogramme geplant. Die Erfahrung mit Staudämmen in anderen Ländern zeigt allerdings, dass derartige Programme häufig nicht in der Lage sind, die negativen Folgen für die Betroffenen aufzufangen. Mit Besorg-

³ So wird im Umsiedlungsplan die Zahl der Betroffenen an verschiedenen Stellen unterschiedlich hoch angegeben. Es scheint zudem weder einen spezifischen „Social action plan“ für alle teilweise betroffenen Dörfer zu geben, noch ist das Umsiedlungsbudget bisher reserviert. Nach Weltbank-Richtlinien dürfen Menschen nach einer Zwangsumsiedlung nicht schlechter gestellt sein als zuvor, möglichst sollte eine Verbesserung ihrer Lebensumstände eintreten. Beim Ilisu-Staudamm steht zu befürchten, dass eine Vielzahl der Betroffenen ihre Lebensgrundlage verlieren wird, ohne angemessenen Ersatz dafür zu erhalten. Zudem bestehen erhebliche Zweifel an der Qualität der unter Betroffenen durchgeführten Umfragen sowie der hydrologischen Evaluierung. Zitate aus dem Umsiedlungsplan legen nahe, dass den Menschen die Auswirkungen des Projekts nicht klargemacht wurden.

⁴ [http://www2.weed-online.org/uploads/Ilisu-update% 2015-Sept.pdf](http://www2.weed-online.org/uploads/Ilisu-update%2015-Sept.pdf)

nis erfüllt uns daher die Tatsache, dass im Umweltmanagementplan der Bujagali-Staudamm in Uganda als Referenz angegeben wird. Dieser stellt ein Paradebeispiel für einen gescheiterten Dammbau dar: die Unternehmen haben sich aus dem unvollendeten Projekt zurückgezogen, ohne sich um das Schicksal der Umsiedelten zu kümmern, die nun in halbfertigen Häusern in großer Armut leben und nicht einmal über Wasser, Strom und Landtitel verfügen.

2. Bei Erstellung von Umweltverträglichkeitsprüfung und Umsiedlungsplan Verletzung internationaler Standards nicht ausgeschlossen: Eine Reihe von Finanzinstitutionen und internationalen Organisationen hat Standards für die Planung und Durchführung von Großprojekten etabliert, um ein Mindestmaß an sozialer und ökologischer Verträglichkeit sicherzustellen. Hierzu gehören die OECD, Weltbank, EBRD sowie die Weltstaudammkommission. Die Empfehlungen der Weltstaudammkommission, die als die wichtigsten im Bereich der Wasserkraftwerke angesehen werden müssen, sehen vor, dass in einem Multistakeholder Prozess über den Damm verhandelt wird und unter allen Beteiligten eine Zustimmung („free prior informed consent“) über den Dammbau erzielt wird (www.dams.org). Dies ist nach allen uns vorliegenden Informationen beim Ilisu-Damm nicht der Fall. Aber auch andere internationale Richtlinien wie jene der EBRD sehen Transparenz schon bei der Projektplanung vor. Zwar hat VA Tech Gespräche mit Nichtregierungsorganisationen in Europa geführt und jetzt zwei umfangreiche Studien veröffentlicht, vor Ort war es jedoch bis dahin kaum möglich, Informationen über den Projektstatus zu erhalten. Das Treffen in Ankara, in dem die Regierungsbehörden über die Verlagerung von Hasankeyf entschieden, fand ohne die betroffenen Menschen statt. Nicht einmal der Bürgermeister von Hasankeyf Vahap Kusen war eingeladen.

Die erst auf Druck aus Europa erfolgende Veröffentlichung der UVP und des Umsiedlungsplans zeigt deutlich, dass von einer transparenten und partizipativen Herangehensweise zur Erzielung eines „free prior informed consent“ nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil: die Bürgermeister der Städte, in welche die Menschen aus der Staudammregion ausweichen müssen, setzen sich vehement gegen das Projekt zur Wehr.

3. Frieden in der Region ist eine unerlässliche Voraussetzung für ein Großprojekt mit Zwangsumsiedlungen: Die Menschenrechtslage im Osten und Südosten der Türkei hat sich zwar seit dem Jahr 2000 tendenziell verbessert. Seit April 2005 nehmen die gewalttätigen Konflikte jedoch wieder zu. Erst im Dezember kam es in der Nähe der geplanten Baustelle zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit vielen Toten. Immer noch ist Folter an der Tagesordnung: allein von März bis Mai 2005 registrierte die Menschenrechtsorganisation IHD in kurdisch dominierten Provinzen 2.262 Fälle von Menschenrechtsverletzungen. So herrscht noch immer ein Umfeld der Angst und Einschüchterung. Ein Großprojekt, welches mit der Zerstörung des Lebensraums von tausenden Menschen verbunden ist, kann jedoch nur dann legitim und verantwortlich durchgeführt werden, wenn ein offenes Klima der Meinungsäußerung eine wirkliche Partizipation der Bevölkerung zulässt. Diese essentielle Voraussetzung ist beim Ilisu-Staudamm eindeutig nicht gegeben.

4. Kulturgüter sind gefährdet: Das Gebiet, auf dem der Ilisu-Stausee errichtet werden soll, beherbergt eine Vielzahl historisch bedeutsamer Stätten. Bereits in der Steinzeit siedelten sich hier Menschen an, errichteten vor über 9000 Jahren feste Siedlungen, betrieben Ackerbau und begannen, Tempel zur Verehrung von Göttern zu errichten. Später kreuzten sich Assyrer, Perser, Griechen, Römer, Abbasiden, Byzantiner und Seldschuken. Besondere Aufmerksamkeit genießt die antike Stadt Hasankeyf. Mit seiner mehrere tausend Jahre alten Vergangenheit birgt dieser Ort ein reichhaltiges historisches Erbe verschiedenster Zivilisationen und Völker. An der Seidenstraße gelegen, war es ein bedeutendes überregionales ökonomisches Zentrum. Seit dem Mittelalter ist der Ort auch eine Pilgerstätte für viele Muslime, aufgrund des Grabmals Iman Abdullahs, das jährlich nicht weniger als 30.000 Pilger anzieht. Er beherbergt einzigartige Zeugnisse der Vergangenheit, wie die Pfeiler einer

gewaltigen mittelalterlichen Brücke, Moscheen aus dem 15. Jahrhundert, eine Raubritterfestung und zehntausende Höhlen, von denen einige bis vor kurzem bewohnt wurden. Aufgrund seiner Bedeutung wurde Hasankeyf bereits 1978 vom türkischen Kulturministerium voller archäologischer Schutz gewährt. Doch nicht nur für die Bewohner und das gesamte kurdische Volk ist Hasankeyf von unschätzbarem Wert, sondern auch als Kulturgut der Menschheit insgesamt. Zwar sind Rettungsmaßnahmen für einzelne Monumente und archäologische Stätten geplant. Wie von Archäologen immer wieder betont wird, wird die Dokumentation und Versetzung einzelner Stätten der Bedeutung Hasankeyfs jedoch in keiner Weise gerecht.

5. Keine Abkommen mit den Nachbarstaaten: VA Tech kündigt in ihrer Presseerklärung vom 26.11.2005 an, dass der Wasserabfluss nach Syrien/Irak garantiert und im Vergleich zum ursprünglichen Projektplan sogar erhöht sei. Ein verbindliches Abkommen mit den Nachbarstaaten wird jedoch nicht erwähnt. Sollte es dieses nicht geben, stellt das Projekt nach Ansicht von Rechtsexperten nach wie vor einen Bruch internationalen Rechts dar, z. B. der UN-Konvention über die nicht-schiffbare Nutzung grenzüberschreitender Wasserwege, der UN/ECE-Konvention über den Schutz und die Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe sowie der ESPOO-Konvention über Umweltverträglichkeitsprüfungen.

** Lokaler Widerstand wächst

Die Aktivitäten in der Ilisu-Region sind mittlerweile in vollem Gange. Die Hasankeyf-Plattform in Diyarbakir hat ein Sekretariat eingerichtet, insgesamt sind ca. 15 Organisationen beteiligt.⁵ An einem Treffen Anfang Januar nahmen die Bürgermeister der größten Städte der Staudammregion (Diyarbakir, Batman, Hasankeyf, Dargecit und Bismil) teil. Mitte Februar wird ein Forum über den Ilisu-Staudamm und Hasankeyf stattfinden.

Die Umweltstudie und der Umsiedlungsplan sollen analysiert werden. Auch gerichtliche Schritte werden geprüft. Außer in der Provinzhauptstadt Diyarbakir wächst auch in der Kreisstadt Bismil, der Provinzhauptstadt Batman, ihrer bekannten Kreisstadt Hasankeyf und in der zu Mardin gehörenden Kreisstadt Dargecit der Widerstand gegen den Staudamm. Dieser soll sowohl vor Ort geäußert als auch nach Europa getragen werden.

** Internationale Wasserkonferenz in Diyarbakir

Bereits am 29./30. Oktober 2005 fand in der größten Stadt der Region, Diyarbakir, eine internationale Wasserkonferenz statt. Diese brachte erstmalig Umweltaktivisten aus der Region, Vertreter betroffener Gemeinden, Wissenschaftler und internationale Staudammexperten zusammen, um ihre Erfahrungen mit dem Bau von Staudämmen auszutauschen. Vertreter des GAP und der türkischen Wasserbehörde sagten eine

Teilnahme allerdings kurzfristig ab. Zudem wurde die gesamte Konferenz polizeilich überwacht und einige Teilnehmer waren vorab unter Druck gesetzt worden, der Veranstaltung fernzubleiben. Dennoch wurde das Treffen von den ca. 70 Teilnehmer/innen als äußerst fruchtbar empfunden und als ein wichtiger Schritt bewertet, eine landesweite öffentliche Diskussion über Staudämme in Gang zu setzen. In Verbindung

⁵ Am Sekretariat beteiligen sich GABB (Zusammenschluss der Gemeinden der Südosttürkei), TMMOB-Diyarbakir (Zusammenschluss der Architekten- und Ingenieurskammern), Lokale Agenda 21, die Anwaltskammer Diyarbakir/Batman, die Stadtverwaltung von Hasankeyf, die Hasankeyfer Freiwilligen-Assoziation. Darüber hinaus tragen der Menschenrechtsverein IHD, die Vertriebenenorganisation Göc-Der, CEKÜL (Stiftung zum Erhalt der Ökologischen und Kulturellen Werte), der Museumsverein, CevGön (Ökologische Freiwilligen-Assoziation) und die Verwaltungen des Stadtbezirkes Yenisehir und von Diyarbakir Metropolitan, der Stadt Bismil und der Stadt Dargecit die Plattform mit.

mit der Konferenz besuchten die ausländischen Teilnehmer/innen die von der Überflutung bedrohte Stadt Hasankeyf und sprachen mit etlichen Bewohner/innen der umliegenden Dörfer. Sie berichteten von den Umfragen, die im Auftrag der Projektbetreiber durchgeführt wurden: Diese hatten mit einer Vielzahl verwirrender und tendenziöser Fragen im Wesentlichen die sozio-ökonomischen Verhältnisse der Familien abgefragt. Ein Einbezug der Bevölkerung in die Projektplanung fand mit den bisherigen Umfragen nicht statt. Viele Menschen gaben dennoch an, sie wollten in ihren Dörfern bleiben. Andere würden grundsätzlich aufgrund ihrer harten Lebensbedingungen einer Umsiedlung zustimmen, allerdings nur wenn mit Sicherheit gewährleistet wäre, dass ihre Lebenssituation sich dadurch verbessert. Ob hierauf begründete Hoffnung besteht, wird erst eine Überprüfung der Umsied-

lungspläne erweisen. Die bisherige Erfahrung mit Umsiedlungen in der Türkei sowie die oben erwähnten Rahmenbedingungen sprechen dagegen.



Internationale Wasserkonferenz in Diyarbakir am 30. Oktober 2005 (Foto: Nezahat Gündogan)

** Verkauf von VA Tech Hydro für Ende Februar angekündigt

Der Konsortialführer VA Tech Hydro steht nach wie vor zum Verkauf.⁶ Dieser soll nach den Plänen von Siemens Ende Februar abgeschlossen werden und über 300 Mio. Euro Erlös bringen. Vier Bewerber sind weiterhin im Rennen: aus Österreich der Grazer Anlagenbauer Andritz und das Cross-Konsortium von KTM-Kernaktionär Stefan Pierer (mit UIAG und Porr). Hinzu kommen der argentinische Energiespezialist Impsa sowie der indische Mischkonzern Tata Power. Die deutsche Allianz Gruppe, die intensiv mit Siemens kooperiert und zu der auch die Euler Hermes Kreditversicherung gehört, ist ausgeschieden.

Die Beschäftigten der VA Tech blicken indes einer unsicheren Zukunft entgegen. Mit dem Verkauf wird allgemein ein Stellenabbau befürchtet, die Verunsicherung unter der Belegschaft ist daher verständlicher Weise groß. Laut Medienberichten erhielt VA Tech Hydro durch den anstehenden Verkauf, die Unsicherheit über die Zukunft des Unternehmens und die Nähe zu Siemens kaum Aufträge (v. a. von General Electrics, dem bisherigen Hauptauftraggeber und Konkurrenten von Siemens).

Das Management versucht nun offensichtlich, die tatsächlich problematische Situation des Unternehmens dazu zu benutzen, um öffentliche Zustimmung für ein hochproblematisches Projekt zu erlangen. Dies ist jedoch absolut unverantwortlich den betroffenen Menschen in der Türkei gegenüber.

WEED, Eca-Watch Österreich und Erklärung von Bern hatten Ende November alle damals auf der sog. Shortlist möglicher Käufer befindlichen Unternehmen über die mit dem Ilisu-Staudamm verbundenen Probleme und Risiken schriftlich informiert und sie aufgefordert, sich unter den derzeitigen Bedingungen nicht an dem Projekt zu beteiligen. Zudem informierte WEED zusammen mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre bei der Siemens-Hauptversammlung am 25.1.2006 die Siemens-Aktionär/innen über die mit dem Staudamm verbundenen Probleme und prangerte Siemens' fehlende Unternehmensverantwortung im Staudambereich an. Das europäische NGO-Netzwerk wird auch die künftigen Besitzer der VA Tech für die Auswirkungen des Projekts verantwortlich halten.

⁶ Im Juni 2005 war die Übernahme von VA Tech durch Siemens durch die EU-Kommission genehmigt worden. Damit befindet sich die für den Ilisu-Staudamm federführende Firma zurzeit im Besitz von Siemens. Allerdings hatte die EU-Kommission aus Wettbewerbsgründen den Weiterverkauf von VA Tech's Hydro-Sparte zur Auflage gemacht (s. Ilisu-update von September 2005: URL: [http://www2.weed-online.org/uploads/Ilisu-update% 2015-Sept.pdf](http://www2.weed-online.org/uploads/Ilisu-update%2015-Sept.pdf)).

** Neue WEED-Publikation: Der Ilisu-Staudamm - Kein Erfolgsprojekt

Im November 2005 veröffentlichte WEED eine umfassende Studie über den Ilisu-Staudamm. Darin werden die Rahmenbedingungen der türkischen Staudampfpolitik, der derzeitige Stand der Planungen, das neue Konsortium und Finanzierungsoptionen sowie die zu erwartenden ökologischen, sozialen, archäologischen, geopolitischen Auswirkungen dargestellt.

Zudem wird der regulatorische Rahmen auf nationaler und europäischer Ebene erörtert und der beginnende Protest vor Ort vorgestellt.

Der Ilisu-Staudamm: Kein Erfolgsprojekt. Zum Hintergrund und aktuellen Stand des größten Staudammprojekts im Südosten der Türkei.

Autorinnen: D. Setton, H. Drillisch, F. Bozyigit, J. Neyer. In Auftrag gegeben von F. Uca (MdEP). Nov. 2005.

URL: http://www2.weed-online.org/uploads/Ilisu_Kein-Erfolgsprojekt.pdf.

** Zur Information: Die Europäische Ilisu-Kampagne

Wer wir sind: Wir arbeiten für Nichtregierungsorganisationen in Österreich, Belgien, Großbritannien, der Schweiz und Deutschland, die alle Teil der internationalen Kampagne für die Reform von Exportkreditagenturen sind.



Was wir tun: Wir sehen unsere Aufgaben darin, Exportkreditagenturen (ECAs) zu beobachten, auf ihre Bedeutung aufmerksam zu machen und auf die Einhaltung und Reform ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Standards hinzuwirken. Wir arbeiten mit Menschen zusammen, die in anderen Ländern von durch ECAs finanzierten Infrastrukturprojekten betroffen sind und unterstützen sie. Wir organisieren Protest und stellen kritisches Wissen bereit.

Was wir fordern: Wir fordern höhere Umwelt- und Sozialstandards sowie Transparenz in der Exportförderung und versuchen, betroffenen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen und Forderungen an die Entscheidungsträger in den finanzierenden Ländern weiterzutragen.

Ziele der Ilisu-Kampagne sind:

- die Exportkreditagenturen durch öffentlichen Druck davon abzuhalten, den Bau des Ilisu-Staudamms zu unterstützen;
- die beteiligten Unternehmen dazu aufzufordern, ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung nachzukommen;
- die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei für die Einhaltung ökologischer, menschenrechtlicher und sozialer EU-Standards zu nutzen, sowie
- den lokalen Protest vor Ort zu unterstützen.

Beteiligte europäische Organisationen:

WEED Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (Berlin); FERN (Brüssel); ECA-WATCH Österreich (Wien); Erklärung von Bern, (Zürich); Corner House (London); Kurdish Human Rights Project (London)

Für weitere Informationen:

WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung
Heike Drillisch: heike.drillisch@weed-online.org , ++49 – 030 – 275 82 249

Eca-Watch-Österreich
Nonno Breuss: Eca-Watch@gmx.at, ++43 – 650 – 586 39 12

Erklärung von Bern
Christine Eberlein: ceberlein@evb.ch, ++41 – 1 – 277 70 08